



Kernpunkte sozialdemokratischer Energie- und Klimapolitik

Kurzzusammenfassung

- Inge Maltz-Dethlefs, Hamburg, i.maltz@hamburg.de
- Sepp Mittermeier, Bayern, jmittermeier@spd-kv-egersberg.de

2. November 2022

Für eine programmatische Neuausrichtung der SPD in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Die Erderhitzung muss gestoppt werden, um die daraus resultierenden dramatischen Auswirkungen zu verhindern. In allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase (insbesondere CO₂) möglichst schnell beendet werden. Dieses Papier fokussiert sich auf den Energiebereich (Strom, Wärme und Verkehr) als wichtigstes Handlungsfeld in diesem Zusammenhang.

Grundsätzliches:

- Eine sofortige und drastische Beschleunigung des Zubaus von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien ist dringend erforderlich.
 - Die aktuelle Energiepreiskrise ist eine Krise der fossilen Energien. Jede aus erneuerbaren Quellen gewonnene Energieeinheit hilft uns, die Energiekosten zu senken.
 - Jede Tonne zusätzlich ausgestoßenes Kohlendioxid (CO₂) führt zwangsläufig zu einer weiteren Erderwärmung und hat damit negativen Einfluss auf den Klimawandel.
 - Der schnellstmögliche Umstieg auf erneuerbare Energiequellen in Deutschland bremst die Erderhitzung und ist beispielgebend für andere Länder.
- Gute Energie- und Klimapolitik ist gleichzeitig eine gute Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik, denn sie kann folgende Auswirkungen verhindern:
 - Die Klimakatastrophe macht einige Weltregionen unbewohnbar und kann damit enorme Flucht- und Wanderungsbewegungen auslösen.
 - Um Öl, Gas und andere Ressourcen werden Kriege geführt.
 - Kriege werden auch über die Einnahmen aus der Öl-, Gas- und Kohlegewinnung finanziert.

- Nachhaltiges, ökologisches Handeln und Wirtschaften ist ökonomisch und sozial.
 - Die Nutzung erneuerbarer Energien ist günstiger und verursacht keine Folgekosten
- Versorgungssicherheit in einer Welt mit fast acht Mrd. Menschen kann auch für uns in Deutschland auf Dauer nur durch erneuerbare Energiequellen gewährleistet werden.
 - Die Sonne hat zuverlässig über vier Milliarden Jahre kostenlos Energie geliefert und wird das auch zukünftig tun.
 - Durch das Gewinnen erneuerbarer Energien können wir kurzfristig die Importe fossiler und nuklearer Primärenergieträger reduzieren und uns mittel- bis langfristig komplett unabhängig machen.
- Eine gute Energie- und Klimapolitik stärkt die Innovationskraft, die Technologieführerschaft und schafft, bzw. erhält Arbeitsplätze in Deutschland.
 - Erste Priorität hat die einheimische Gewinnung erneuerbarer Energien, die Herstellung und der Betrieb der dafür notwendigen Anlagentechnik, sowie deren Instandhaltung und Service
- Alle notwendigen Technologien für eine echte Energiewende sind entwickelt, einsatzbereit und auf dem Markt verfügbar.
 - Es müssen jetzt die Rahmenbedingungen für eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und für ein CO₂-neutrales, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften angepasst werden.

Die wichtigsten Eckpunkte einer guten Energie-, Klima- und Umweltpolitik

- Eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien in weitgehend dezentralen, regionalen Strukturen muss so schnell wie möglich erfolgen.
 - In einem zukunftsfähigen Energiesystem müssen die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt dieses Systems gestellt werden.
 - Hierfür benötigen wir schnell ein neues Energie-/Strommarktdesign.
 - Das Merit-Order-Prinzip, bei dem das teuerste Kraftwerk zur Bedienung des Strombedarfs den Preis bestimmt, muss abgeschafft und durch ein auf den Gestehungskosten basierendes Modell ersetzt werden.
 - Die Netzentgelte dürfen nicht in den Regionen am höchsten sein, in denen bereits ein hoher EE-Strom-Zubau erreicht worden ist, hier ist eine Änderung in der Berechnung der Netzentgelte erforderlich.
 - An der Energiewende müssen alle teilnehmen und teilhaben können.
 - Insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten müssen von erneuerbaren Energien stärker profitieren als bisher. Dazu muss beispielsweise das Mieterstrommodell deutlich vereinfacht werden.
 - Die steigenden Belastungen für konventionelle Energien müssen für diese Gruppen abgemildert werden.
 - Eine regionale, dezentrale Energieversorgung muss mit hoher Bürgerbeteiligung erfolgen. Die Möglichkeiten des Energy Sharing müssen ausgeschöpft werden.
 - Kommunen und ihre Unternehmen müssen bei der Energieversorgung und den Netzen eine wichtige Rolle spielen.

- Die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität können und dürfen nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden.
 - Abgaben, die die Sektorkopplung behindern, werden abgeschafft.
 - Insbesondere Kommunal- und Stadtwerke müssen zu wichtigen Playern werden.
- Die verschiedenen Speichertechnologien müssen zum breiten Einsatz gebracht werden.
 - Dazu sind Marktanreizprogramme notwendig, die zu einer deutlichen Kostendegression führen.
 - Das Modell der Kapazitätsreserve (Vorhaltung von Kraftwerksreserven) sollte auch für Speicher zur Anwendung kommen.
 - Reservekraftwerke müssen sukzessive durch Speicher ersetzt werden.
 - Der Fokus darf dabei nicht nur auf Wasserstoff gerichtet werden.
- Ein echter Klimaschutz ist nur über eine erfolgreiche Energiewende im Wärmebereich möglich.
 - Essenziell ist hierbei eine sehr gute Wärmedämmung bei Neubauten und die konsequente energetische Gebäudesanierung bei Altbauten.
 - Die dann noch erforderliche Wärme muss mit effizienten Technologien (z.B.: Wärmepumpen) erzeugt werden.
 - Eine höhere Belastung von Mieterinnen und Mietern darf dabei nicht eintreten. Sie müssen über niedrigere Nebenkostenabrechnungen von den Sanierungen profitieren.

- Die Mobilitätswende muss zu einem wichtigen Bestandteil der Energiewende werden.
 - Dazu ist ein deutlicher Ausbau des Schienenverkehrs und der Elektrifizierung (Personen und Güter) sowie des ÖPNV, insbesondere in ländlichen Regionen, notwendig.
 - Die Preise müssen günstiger und das Fahrkartenangebot einfacher werden (Stichwort: Nachfolge Neun-Euro-Ticket).
 - Neben der Infrastruktur ist in das Personal zu investieren.
 - Die E-Mobilität und der Ausbau der Ladeinfrastruktur müssen weiterhin gefördert werden.
 - Deutliche Verbesserungen des Fuß- und Radwegenetzes sind erforderlich.
 - Alle Verkehrsmittel im öffentlichen Verkehr sind sukzessive auf CO₂-neutralen Betrieb umzustellen.
 - Sinnvollerweise ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung von mindestens 130 km/h (eher weniger) auf Autobahnen einzuführen. Über Land soll die jeweilige Höchstgeschwindigkeit als Regel auf 80 km/h abgesenkt werden. Innerorts sollen die Kommunen Entscheidungsfreiheit für Tempo 30 für alle Straßen erhalten.
 - Es muss eine Umschichtung finanzieller Mittel vom Straßenbau hin zur Bahn und zum ÖPNV erfolgen. Schluss mit Straßenaus- und -neubau!
 - Alle umweltschädlichen Subventionen in Verkehr müssen schrittweise zurückgebaut werden. Insbesondere Subventionen wie Straßenbau, Dienstwagen-, Diesel- und Kerosin-Privileg müssen auf den Prüfstand. Die Entfernungspauschale sollte unter Berücksichtigung der ländlichen Räume sozial gerecht und ökologisch nachhaltig angepasst werden.
 - Eine grundlegende Finanzierungsreform in Form eines ÖPNV-Gesetzes ist erforderlich (Zweckbindung, Transparenz, Wirtschaftlichkeit).
 - Es braucht klare monetäre Anreize im Sinne von Kostengerechtigkeit und -transparenz (Steuern und Abgaben an Klimaverträglichkeit ausrichten, CO₂-Bepreisung) sowie die Rückverteilung der staatlichen Mehreinnahmen (z.B. Klimaprämie).